

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3112
der Abgeordneten Danny Eichelbaum und Rainer Genilke
Fraktion der CDU
Landtagsdrucksache 5/7803

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3112 vom 20.08.2013:

Verantwortung der Landesregierung zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Flughafenberatungszentrums (FBZ) in Mahlow

Aus der Berichterstattung der Märkischen Allgemeinen Zeitung, Zossener Rundschau, vom 24.07.2013 und 13.08.2013 geht hervor, dass das Flughafenberatungszentrum in Mahlow noch in diesem Jahr in die Räume der Airportworld nach Schönefeld umziehen soll. Begründet wird dies mit den baulichen Mängeln und der schlechten Verkehrsanbindung des bisherigen Standortes in der Böcklinstraße. Die Gemeinde, der Landkreis und das Dialogforum haben sich dafür ausgesprochen, dass die Unterbringung des FBZ in Schönefeld nur als Übergangslösung erfolgt, bis ein endgültiger Umzug in das Gebäude des Bahnhofs in Mahlow möglich ist. Im Haushalt des Landes Brandenburg sind für die übertragene Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten und des Gutachters für Lärmschutz in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 106.400 EUR eingestellt. Dessen ungeachtet ist die zusätzliche Finanzierung durch den Landkreis Teltow-Fläming ungewiss, da dieser für 2013 noch keinen beschlossenen und genehmigten Haushaltsplan hat.

Wie der Presse weiter zu entnehmen war, ist für die Zukunft eine Weiterentwicklung des Beratungszentrums zu einem Lärmkompetenzzentrum für das gesamte Flughafenumfeld nach dem Vorbild des Frankfurter „Umwelthauses“ geplant.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Mittel für das Flughafenberatungszentrum stellt das Land Brandenburg in den Jahren 2013 und 2014 für welche konkreten Aufgaben bereit?
2. Wie viele Mittel sind im Jahr 2013 vom Land Brandenburg bisher an das FBZ überwiesen worden?
3. Wie viele Mittel von welchen weiteren Trägern stehen für das FBZ in den Jahren 2013 und 2014 zur Verfügung?
4. Gibt es mit dem Kreis und der betroffenen Gemeinde Vereinbarungen zur Übernahme von Kosten der Schallschutzberatung?
5. Werden dem FBZ die Räume der Airportworld unentgeltlich zur Verfügung gestellt? Wenn nein, welche Belastungen entstehen durch einen Anmietung?
6. Wer übernimmt die Kosten für den Umzug in die Airportworld und die daraus entstehenden Folgekosten?
7. Unterstützt die Landesregierung die geplante Ausweitung des Beratungszentrums zu einem Lärmkompetenzzentrum nach dem Vorbild des Frankfurter „Umwelthauses“? Wenn ja, wie unterstützt die Landesregierung diese Ausweitung konkret?

8. Welche Kosten sind für die Weiterentwicklung des Flughafenberatungszentrums zu einem Lärmkompetenzzentrum veranschlagt?
9. Wird die Landesregierung ihren Zuschuss entsprechend erhöhen? Wenn nein, wer sichert die diesbezügliche Finanzierung?
10. Unter welcher Trägerschaft soll das Lärmkompetenzzentrum entwickelt werden?
11. Welche Verhandlungen/Gespräche wurden bzw. werden vom Land mit dem Kreis Teltow-Fläming, der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und der Deutschen Bahn mit dem Ziel geführt, das Flughafenberatungszentrum im Bahnhof Mahlow anzusiedeln?
12. Zu welchem Zeitpunkt ist nach derzeitigem Stand ein Umzug des FBZ in das Gebäude des Bahnhofs in Mahlow geplant?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie viele Mittel für das Flughafenberatungszentrum stellt das Land Brandenburg in den Jahren 2013 und 2014 für welche konkreten Aufgaben bereit?

Frage 2:

Wie viele Mittel sind im Jahr 2013 vom Land Brandenburg bisher an das FBZ überwiesen worden?

Frage 3:

Wie viele Mittel von welchen weiteren Trägern stehen für das FBZ in den Jahren 2013 und 2014 zur Verfügung?

Frage 4:

Gibt es mit dem Kreis und der betroffenen Gemeinde Vereinbarungen zur Übernahme von Kosten der Schallschutzberatung?

Zu Frage 1 bis 4:

Das Land Brandenburg stellt keine Mittel für das Flughafenberatungszentrum zur Verfügung.

Das Land Brandenburg stellt für die Wahrnehmung der Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld/BBi dem Landkreis Teltow-Fläming für die Jahre 2013 und 2014 insgesamt 206.000 € und für die Unterstützung des Fluglärmschutzbeauftragten eine Stelle inkl. Personal zur Verfügung.

Für Bürgerberatung durch fachspezifische Gutachter zu Schallschutzmaßnahmen im Flughafenumfeld BER einschließlich Wirkungskontrolle stellt das Land dem Landkreis Teltow-Fläming für die Jahre 2013 und 2014 insgesamt 160.000 € zur Verfügung.

Für die Aufgabenwahrnehmung des Fluglärmschutzbeauftragten sind bis dato in 2013 75.000€ an den Landkreis Teltow-Fläming überwiesen worden.

Weitere Informationen zur Finanzierung des FBZ liegen dem Land Brandenburg nicht vor.

Frage 5:

Werden dem FBZ die Räume der Airportworld unentgeltlich zur Verfügung gestellt? Wenn nein, welche Belastungen entstehen durch eine Anmietung?

Frage 6:

Wer übernimmt die Kosten für den Umzug in die Airportworld und die daraus entstehenden Folgekosten?

Zu Frage 5 und 6

Die Verhandlungen zwischen der FBB und den künftigen Nutzern der Airportworld sind noch nicht abgeschlossen, die Nutzungsbedingungen damit noch nicht bekannt.

Frage 7:

Unterstützt die Landesregierung die geplante Ausweitung des Beratungszentrums zu einem Lärmkompetenzzentrum nach dem Vorbild des Frankfurter „Umwelthauses“? Wenn ja, wie unterstützt die Landesregierung diese Ausweitung konkret?

Frage 8:

Welche Kosten sind für die Weiterentwicklung des Flughafenberatungszentrums zu einem Lärmkompetenzzentrum veranschlagt?

Frage 9:

Wird die Landesregierung ihren Zuschuss entsprechend erhöhen? Wenn nein, wer sichert die diesbezügliche Finanzierung?

Frage 10:

Unter welcher Trägerschaft soll das Lärmkompetenzzentrum entwickelt werden?

Zu Frage 7 bis 10:

Das Land Brandenburg unterstützt die Entwicklung eines Lärmkompetenzzentrums im Rahmen seiner Mitwirkung als Mitglied des Dialogforums Airport Berlin Brandenburg und als Gesellschafter der FBB.

Zur Entwicklung des Lärmkompetenzzentrums im Flughafenumfeld beabsichtigt das Dialogforum Airport Berlin Brandenburg eine Rechtsexpertise in Auftrag zu geben.

Frage 11:

Welche Verhandlungen/Gespräche wurden bzw. werden vom Land mit dem Kreis Teltow-Fläming, der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und der Deutschen Bahn mit dem Ziel geführt, das Flughafenberatungszentrum im Bahnhof Mahlow anzusiedeln

Zu Frage 11:

Die Verhandlungen zur Ansiedlung des FBZ am Bahnhof Mahlow werden zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming, der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und der Deutschen Bahn ohne Beteiligung des Landes Brandenburg geführt.

Frage 12:

Zu welchem Zeitpunkt ist nach derzeitigem Stand ein Umzug des FBZ in das Gebäude des Bahnhofes in Mahlow geplant?

Zu Frage 12:

Bezugnehmend auf die Antwort zu Frage 7 bis 11 ist eine Beantwortung gegenwärtig nicht möglich.